

Juristische Methodenlehre

Wank

2019
ISBN 978-3-8006-4945-7
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Wank | Methodenlehre

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Juristische Methodenlehre

Eine Anleitung für Wissenschaft und Praxis

von

Prof. Dr. Rolf Wank

Ruhr-Universität Bochum

2020

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verlag Franz Vahlen

Zitievorschlag: Wank Methodenlehre § Rn.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.vahlen.de

ISBN Print 978 3 8006 4945 7

ISBN E-Book 978 3 8006 6131 2

© 2020 Verlag Franz Vahlen GmbH

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Druckhaus Nomos

In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH

Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

CO₂
neutral
chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Schon der Ausdruck Juristische Methodenlehre schreckt viele ab. Viele Juristen meinen, sie brauchten sich damit nicht zu befassen, sie verstünden das juristische Handwerk ohnehin. Sie erkennen, dass ihre Aussagen zwar in den meisten (unproblematischen) Fällen zutreffend sein können, aber wissenschaftlichen Anforderungen nicht genügen. Das führt nicht nur zu einem theoretischen Defizit, sondern auch das praktische Ergebnis ist entsprechend fehlerbehaftet: Der Sonderfall, in dem die Methodenlehre gefordert ist, wird ohne gesicherten Boden nach Belieben gelöst. Eine gute Methodenlehre verbindet dagegen logische Stringenz und praktische Brauchbarkeit.

In einem *Mehrebenensystem* ist die Rechtsprechung von EuGH und EGMR nicht mehr nur für einige Spezialisten von Bedeutung, sondern sie durchdringt die gesamte nationale Rechtsordnung. Deshalb wird hier erläutert, wie sie auf deutsches Verfassungsrecht und einfaches Recht einwirkt und wie sich alle diese Rechtskreise zueinander verhalten (§§ 9, 16, 18).

Manche Problembereiche lassen sich in einer Methodenlehre auf verschiedene Weise darstellen. Beispielsweise kann man das Verhältnis des Unionsrechts zum deutschen Recht in einer Darstellung »Europarecht« oder »europarechtskonforme Auslegung« bündeln. Dabei besteht unter anderem die Gefahr, dass die Unterscheidung zwischen rangorientierter und rangkonformer Auslegung verwischt wird (s. § 9 Rn. 49, 56, 57ff.). In dieser Schrift folgt die Reihenfolge der Darstellung demgegenüber weitgehend der *logischen Abfolge der Prüfschritte* bei der Lösung eines konkreten Falles. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint Europarecht an verschiedenen Stellen des Aufbaus der Lösung. Zunächst stellt sich die Frage, ob die einschlägige Norm des deutschen Rechts überhaupt gilt oder ob sie der EuGH nicht für »unanwendbar« erklärt hat (s. § 16 Rn. 91). So stand zB bis vor kurzem § 622 II 2 noch immer im BGB, obwohl der EuGH in einem Urteil von Januar 2010 entschieden hat, dass die Vorschrift gegen Unionsrecht verstößt und deshalb nicht anzuwenden ist. Auch sind einzelne Normen des Unionsrechts nach der (bedenklichen) Rechtsprechung des EuGH auch unter Privaten »unmittelbar anwendbar«, sodass danach die Anwendung der deutschen Norm von vornherein ausscheiden würde (dazu § 9 Rn. 64, 115, 133, 135ff.). Wenn also in den Methodenlehren empfohlen wird, mit der Auslegung des Wortlauts einer einschlägigen Norm des einfachen Rechts anzufangen, so bleibt unberücksichtigt, dass Vorüberlegungen zum Völkerrecht (§§ 9 Rn. 164ff., 16 Rn. 13ff., 18 Rn. 5ff.), zum Europarecht (§§ 9 Rn. 79ff., 16 Rn. 51ff.) und zum Verfassungsrecht (§§ 9 Rn. 141ff., 16 Rn. 100ff.) vorausgehen müssen (vertikale Konkurrenz) und darüber hinaus bei der horizontalen Konkurrenz geprüft werden muss, ob die Norm nicht durch eine andere Norm des einfachen Rechts im Wege der alternativen Konkurrenz verdrängt wird (Rn. 144ff.).

Aber auch nach diesen Vorüberlegungen wäre es verfrüht, sich sofort mit dem Wortlaut zu befassen. Zuvor stellt sich die Frage nach dem *Charakter der Norm*.

- Ist es eine herkömmliche Norm des einfachen Gesetzesrechts (konventionelle Norm)? (dazu §§ 7–12)
- Handelt es sich um die Anwendung eines Rechtsprinzips? (§ 5 Rn. 326ff.)

- Ist Rechtsgrundlage ein Satz des Richterrechts? (§§ 6 Rn. 141ff., 14)
- Hat die Norm die Form einer Generalklausel? (§ 13)

Je nach der Rechtsgrundlage verläuft die Interpretationsarbeit unterschiedlich.

Auch ist es verfehlt, sogleich mit der Wortlautauslegung in einer einzelnen Vorschrift zu beginnen, ohne zuvor die Struktur des Gesetzes zu ergründen (§ 4 Rn. 20ff., § 5).

Steht der Anwendung der deutschen Norm nichts im Wege, wird man sich bei einer konventionellen Norm zunächst mit dem Wortlaut der Vorschrift auseinandersetzen (§ 7). Wer allerdings in einem arbeitsrechtlichen Fall den Ausdruck »Arbeitnehmer« in einem arbeitsrechtlichen Gesetz nach § 611a BGB in der in Deutschland üblichen Interpretation versteht, muss zur Kenntnis nehmen, dass jedenfalls immer dann, wenn die deutsche Norm auf einer EU-Richtlinie beruht, der Arbeitnehmerbegriff des EuGH gilt und nicht der des BAG oder der deutschen Literatur. Aber wie sind die zugrunde liegende EU-Richtlinie und die zugehörige Rechtsprechung des EuGH zu verstehen? An dieser Stelle muss man sich mit den Besonderheiten des EU-Rechts befassen (§ 18 Rn. 36ff.).

Bei der Wortlautauslegung werden die Merkmale einer Vorschrift in der juristischen Literatur vielfach durch Untermerkmale konkretisiert, ohne dass der Leitgedanke für dieses Merkmal auch nur genannt und problematisiert wird. So entspricht beispielsweise das Untermerkmal »Gewinnerzielungsabsicht« beim Kaufmannsbegriff nur einer (juristisch nicht haltbaren) ontologischen Begriffsbildung, hält aber einer *teleologischen Begriffsbildung* nicht stand. Das Gleiche gilt für einen Arbeitnehmerbegriff, der ohne Orientierung an einem Leitgedanken allein die »Weisungsbindung« als Abgrenzungmerkmal gegenüber Selbstständigen heranzieht. Während allgemein bekannt ist, dass die Auslegung eines Rechtssatzes methodischen Regeln unterliegt, wird vielfach nicht berücksichtigt, dass für die in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur entwickelten Definitionen besondere Regeln gelten, die vom Viererkanon der Auslegungskriterien nicht erfasst werden (§ 8). Beispielsweise gelingt es weder der EU-Gesetzgebung noch der deutschen Gesetzgebung noch der Rechtsprechung des EuGH oder der deutschen Gerichte, die spezifische Differenz zwischen der unmittelbaren und der mittelbaren Diskriminierung herauszuarbeiten.

Im Rahmen der systematischen Auslegung muss – bei der vertikalen systematischen Auslegung – beachtet werden, wie sich die deutsche Norm in das Rechtssystem der EU einfügt (§ 9 Rn. 68ff.). Hierbei stellt man vielleicht fest, dass das Auslegungsergebnis der EuGH-Rechtsprechung widerspricht und dass eine EU-rechtskonforme Auslegung nach den Grundsätzen der deutschen Methodenlehre nicht möglich ist. Dann kommt eine *europarechtskonforme Rechtsfortbildung* in Betracht – aber auch diese nur gemäß den Regeln der deutschen Methodenlehre im Hinblick auf die Besonderheiten einer Rechtsfortbildung.

Was hier für das Verhältnis des Unionsrechts zum deutschen Recht angeführt wird, gilt in ähnlicher Weise für das Verhältnis des Völkerrechts (§§ 9 Rn. 164ff., 18 Rn. 5ff.) und des Verfassungsrechts (§§ 9 Rn. 141ff., 18 Rn. 204ff.) zum einfachen deutschen Recht. Das dem deutschen einfachen Recht übergeordnete Recht erscheint bei der Auslegung mehrfach, von der Prüfung der Gültigkeit der Norm über die rangorientierte Auslegung aller vier Auslegungskriterien bis hin zu einer rangkonformen Auslegung oder Rechtsfortbildung.

Entsprechend der hier gewählten Darstellung sind *Konkurrenzfragen* an zwei Stellen anzusprechen, zum einen vor der Anwendung einer Norm in Fällen der verdrängen-

den Konkurrenz (§ 3 Rn. 50ff.), zum anderen nach der Auslegung einer Norm im Falle der kumulativen Konkurrenz (§ 3 Rn. 79).

Eine (beabsichtigte) Wiederholung betrifft auch den *Anwendungsbereich* einer Norm. Dabei geht es zunächst darum, ob das Gesetz als Ganzes auf den vorliegenden Fall anwendbar ist und sodann darum, welcher Sachverhalt im Einzelnen erfasst wird.

Die Frage, ob es *nur eine Methodenlehre* oder mehrere Methodenlehren gibt, wird hier dahingehend beantwortet, dass es einige Gemeinsamkeiten gibt, die für alle Rechtsgebiete gelten und die deshalb auch vorab für alle dargestellt werden. Die Besonderheiten einzelner Rechtsgebiete mit Folgen für die Methodenlehre werden im Anschluss behandelt (§ 18).

Methodenfragen werden hier immer auch im Hinblick auf ihre *praktische Bedeutung* erörtert. So ist beispielsweise die übliche abstrakte Frage: »Ist Richterrecht eine Rechtsquelle?« wenig sinnvoll. Vielmehr ist zu fragen, welcher Rechtsanwender in welcher Weise an Richterrecht gebunden ist (§ 6 Rn. 75ff.).

Diese Schrift *beschränkt sich bewusst auf das Thema Methodenlehre*. In ihr wird auf diejenigen Fragen eingegangen, die unmittelbar für die Falllösung bedeutsam sein können. Die – ihrerseits hochinteressanten – Fragen der Rechtsphilosophie (Was ist Recht? Was ist Gerechtigkeit?), der Logik, der Linguistik (Was ist Bedeutung?) oder der Soziologie (Wann gilt ein Rechtssatz?) werden ausgeblendet. Insoweit muss auf das Spezialschrifttum verwiesen werden.

Die Methodenlehre wendet sich zunächst an den – fortgeschrittenen – *Studenten*, der über den Tellerrand der Falllösungstechnik hinausblicken möchte. Einiges, was dem fortgeschrittenen Juristen bereits geläufig ist, wird in gedrängter Form erläutert. Diese Schrift richtet sich ferner an *Referendare*, die während ihrer Ausbildung feststellen, dass es für sehr viele Fragen, die in der Praxis auftauchen, noch keine vorgefertigten Antworten gibt, sodass sie – vielfach jetzt zum ersten Male – selbstständig das Gesetz auslegen müssen. Und sie wendet sich schließlich an alle *Praktiker* (Richter, Anwälte, Notare, Beamte, Angestellte in Unternehmen).

Das Werk soll zugleich der *wissenschaftlichen Argumentation* weiterhelfen.

Zur Veranschaulichung sind zahlreiche *Beispiele* aus unterschiedlichen Rechtsgebieten in den Text eingearbeitet. Sie sollen zum einen der Veranschaulichung dienen; zum andern soll an den zahlreichen Beispielen neueren Datums die Aktualität und Allgegenwart methodischer Fragen aufgezeigt werden.

Auch wenn die Schrift dem Leser nicht den Charme eines Romans bietet, war es doch auch das Ziel, die manchmal verzwickten methodischen Fragen verständlich aufzubereiten. Das Buch ist eher als Handbuch und Nachschlagewerk zur Vertiefung bei einzelnen methodischen Fragen gedacht.

Für eine methodengerechte Lösung eines Falles kann sich der Leser zunächst an dem Ablaufplan in § 3 dieses Buches orientieren. Von dort wird auf die einschlägigen Kapitel verwiesen. Die vorliegende Methodenlehre kann sodann als Prüfschema für eine konkrete Fallbearbeitung benutzt werden.

Köln, im Mai 2019

Rolf Wank

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XXI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXVII
§ 1 Wozu Methodenlehre?	1
I. Der begrenzte Anspruch der Methodenlehre	1
1. Argumentationskontrolle	1
2. Argumentationshilfe	3
a) Studenten	3
b) Berufspraxis	4
c) Gerichte	4
3. Verständnis- und Lernhilfe	4
II. Gegenstand und Inhalt der Methodenlehre	6
1. Gegenstand	6
2. Inhalt	6
III. Adressaten der Methodenlehre	7
1. Unterschiedliche Funktionen der Methodenlehre je nach Adressaten	7
2. Rechtswissenschaftler	8
3. Studenten	8
4. Gerichte	8
a) Instanzgerichte	9
b) Revisionsgerichte	9
5. Praktiker	10
6. Der Gesetzgeber	10
a) Globale oder detaillierte Regelung	10
b) Konditionalprogramm oder Finalprogramm	11
IV. Methodenlehre oder Methodenlehren?	11
V. Verbindlichkeit der Regeln der Methodenlehre	12
VI. Zusammenfassung zu § 1	13
VII. Verständnisfragen zu § 1	14
§ 2 Von der Begriffsjurisprudenz zur Wertungsjurisprudenz	15
I. Begriffsjurisprudenz	15
II. Interessenjurisprudenz	17
III. Wertungsjurisprudenz	17
IV. Abweichende methodische Ansätze	18
1. Theorie der vernunftrechtlichen Erwägungen	18
2. Topik und Argumentationstheorie	18
V. Zusammenfassung zu § 2	18
VI. Verständnisfragen zu § 2	19
§ 3 Der Ablauf der Auslegung und Anwendung von Rechtssätzen – Überblick	21
I. Die Klärung der Fallfrage	21
II. Das Aufsuchen der einschlägigen Norm	22
III. Der vollständige Rechtssatz	23
IV. Vorüberlegungen zur Anwendung der Norm – Gültigkeit, rangkonforme Auslegung, Konkurrenz, Geltungsbereich	23
V. Die Gültigkeit der Norm	25
1. Formelle Voraussetzungen	25
2. Materiell-rechtliche Voraussetzungen	25
a) Übereinstimmung mit der Verfassung	26
b) Übereinstimmung mit EU-Recht	27

aa) Primärrecht	27
bb) Sekundärrecht	29
c) Übereinstimmung mit den allgemeinen Regeln des Völkerrechts	29
VI. Der Geltungsbereich	30
VII. Verdrängende Konkurrenz	30
VIII. Generalklausel oder subsumtionsfähige Norm	30
IX. Die Struktur des Gesetzes	31
X. Das Auslegungsziel	31
XI. Bereits interpretierte oder noch nicht interpretierte Rechtssätze	31
XII. Istzustand oder Sollzustand	31
XIII. Wortlaut	32
XIV. Systematik	32
XV. Entstehungsgeschichte	32
XVI. Sinn und Zweck	32
XVII. Gesamtergebnis	32
XVIII. Rechtsfortbildung statt Auslegung	33
XIX. Kumulative Konkurrenz	33
XX. Subsumtion	33
XXI. Zusammenfassung zu § 3	33
XXII. Verständnisfragen zu § 3	34
§ 4 Der Aufbau eines Gesetzes	35
I. Bedeutung für die Methodenlehre	35
II. Das Zustandekommen von Gesetzen	36
1. Deutsche Gesetzgebung	36
2. Vorgaben des Verfassungsrechts	37
3. Umsetzung von EU-Recht	38
III. Die Gliederung des Gesetzes	39
1. Artikelgesetz und Muttergesetz	39
2. Der Allgemeine Teil	40
a) Ziele	40
b) Anwendungsbereich	40
c) Legaldefinitionen	42
d) Allgemeine Regeln	42
3. Erster Besonderer Teil	43
4. Weitere Besondere Teile	43
5. Merkmale und Indizien	43
6. Regeln und Ausnahmen	43
7. Sanktionen	44
8. Inkrafttreten	44
9. Übergangsvorschriften	45
10. Die Verkündung	45
IV. Kodifikation und Einzelgesetze	46
V. Gesetzgebungsfehler, B-Gesetze und symbolische Gesetze	47
1. Einige typische Gesetzgebungsfehler	47
a) Geltungsbereich	47
b) Allgemeiner und Besonderer Teil	48
c) Rechtszersplitterung	48
d) Überflüssige Obersätze	48
e) Regelung der Rechtsfolgen ohne Regelung der Prämisse	49
2. B-Gesetze und symbolische Gesetze	49
VI. Zusammenfassung zu § 4	50
VII. Verständnisfragen zu § 4	50
§ 5 Der Rechtssatz	51
I. Die Normhypothese	51
II. Codierung und Decodierung	52
III. Die Gesetzesauslegung zwischen Tatsachenermittlung und Subsumtion	53

1. Tatsachenfeststellung	53
2. Gesetzesauslegungsprobleme	54
3. Subsumtionsprobleme	54
IV. Die Anwendbarkeit des Rechtssatzes	54
1. Die Geltung des Rechtssatzes	55
a) Die Rechtsquellen	56
b) Der Stufenbau der Rechtsordnung am Beispiel des deutschen Rechts	58
aa) Ermächtigungsgrundlage im höherrangigen Recht	59
bb) Materiell-rechtliche Wirksamkeit	60
cc) Stufenbau der Rechtsordnung im öffentlichen Recht	60
c) Deutsches Recht und supranationales Recht	62
aa) Völkerrecht	62
bb) Recht der EU	63
d) Überprüfung des Rechtssatzes am höherrangigem Recht – rangkonforme Auslegung und Rechtsfortbildung	64
e) Folgen eines Verstoßes gegen höherrangiges Recht	65
2. Der Geltungsbereich	65
a) Persönlicher Geltungsbereich	66
b) Sachlicher Geltungsbereich	67
c) Räumlicher Geltungsbereich	68
d) Zeitlicher Geltungsbereich	68
aa) Grundsatz	68
bb) Vorwirkung	69
cc) Ende der zeitlichen Wirkung	70
dd) Nachwirkung	71
ee) Rückwirkung	71
3. Konkurrenzen	77
a) Alternative und kumulative Konkurrenz	77
b) Das Verhältnis zwischen Gesetz und Vertrag	78
aa) Zwingendes Recht und dispositives Recht	78
bb) Dispositives Recht	80
cc) Zusammenfassung zu IV 3a, b	80
c) Normkonkurrenzen	80
aa) Rangkonkurrenz	81
bb) Normkonkurrenz bei gleichrangigen Normen	81
d) Rechtsgebietskonkurrenz	86
e) Zwischenergebnis zu IV 3a–c	90
4. Zusammenfassung zu IV 1–3	90
V. Der Kernrechtssatz	91
1. Der Tatbestand	93
a) Im Gesetz genannte Tatbestandsmerkmale	93
b) Ungeschriebene Tatbestandsmerkmale	95
2. Die Rechtsfolge	98
a) Abstrakte und konkrete Rechtsfolge	99
b) Rechtsfolgenanordnungen als Sollenvorschriften	99
c) Die Arten von Sollnssätzen	99
aa) Rechtstheorie	99
bb) Rechtsdogmatik	100
d) Primäre und sekundäre Rechtssätze	100
e) Gespaltene Rechtsfolgen	101
VI. Ergänzende Rechtssätze des geschriebenen Rechts	101
1. Ergänzende Rechtssätze zur Inhaltsbestimmung eines Kernrechtssatzes	102
a) Vervollständigung	102
b) Bestimmung des Geltungsbereichs	103
c) Legaldefinition	104
d) Fiktion	107
e) Vermutung	108
f) Verweisung	109

2. Ergänzende Rechtssätze zur Aufhebung des Kernrechtssatzes	111
3. Ergänzende Rechtssätze zur Erweiterung oder Einschränkung des Kernrechtssatzes	112
a) Erweiternde Rechtssätze	112
b) Einschränkende Rechtssätze	112
VII. Ergänzende Rechtssätze des ungeschriebenen Rechts	113
VIII. Rechtsprinzipien	113
1. Geschriebenes und ungeschriebenes Recht	113
2. Subsumtionsfähigkeit	114
3. Arten von Rechtsprinzipien	115
a) Formale Rechtsprinzipien	115
b) Materiale Rechtsprinzipien	116
4. Herleitung von Rechtsprinzipien	116
5. Ableitung von Rechtssätzen aus Rechtsprinzipien	117
6. Kollision von Prinzip und Rechtssatz	118
7. Prinzipienkollision	118
8. Das Verhältnismäßigkeitsprinzip als Beispiel	118
9. Die Prinzipienlehre	119
IX. Zusammenfassung zu § 5	119
X. Verständnisfragen zu § 5	120
 § 6 Die Auslegung von Rechtssätzen – Richterrecht und Rechtswissenschaft	121
I. Bereits interpretierte und noch nicht interpretierte Rechtssätze	122
II. Bereits interpretierte Rechtssätze	123
1. Die Feststellung der Auslegung durch die Rechtsprechung	123
a) Instanzergerichte und Revisionsgerichte	125
b) Ständige Rechtsprechung	125
aa) Ständige Rechtsprechung und Grundsatzentscheidungen	126
bb) Entwicklungsgeschichte der Rechtsprechung	126
cc) Rechtsprechungsänderung	127
dd) Falllösung und Rechtsprechungsnorm	130
ee) Tragende Gründe und obiter dicta	131
ff) Ankündigungsrechtsprechung	134
c) Gelegentliche Rechtsprechung	135
d) Widersprüchliche Rechtsprechung	135
e) Distinguishing	136
f) Besonderheiten von Kollegialgerichten	138
2. Die Bindungswirkung der Rechtsprechung	139
a) Die »Rechtsquellen«-Diskussion	139
b) Die Bindungswirkung von Entscheidungen des BVerfG	139
c) Die Bindungswirkung von Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe des Bundes	140
aa) Darstellung der hM	140
bb) Stellungnahme	140
3. Das Verhältnis der Rechtsprechung zur Gesetzgebung	146
4. Die Feststellung der Aussagen in der Literatur	148
5. Die Bedeutung der Literatur – Rechtsdogmatik und Methodenlehre	149
6. Die eigene Stellungnahme	152
III. Noch nicht interpretierte Rechtssätze	153
IV. Vorverständnis und Paradigma	153
V. Auslegungsziel und Auslegungskriterien	155
1. Das Verhältnis von Auslegungsziel und Auslegungskriterien	155
2. Mögliche Auslegungsziele	156
3. Subjektive und objektive Theorie	157
a) Geschichtliche Entwicklung und heutiger Stand	157
b) Wille und Erklärung	159
aa) »Willensargument«	160
bb) »Formargument«	160
cc) Rechtssicherheit/»Vertrauensargument«	161
dd) Stellungnahme	161

c) Entstehungszeit und Geltungszeit	161
aa) »Ergänzungssargument«	163
bb) Stellungnahme	164
d) Wille des Gesetzgebers und Wille des Gesetzes	164
e) Feststellung des Gesetzgeberwillens und Bindung an den Gesetzgeberwillen	164
4. Auslegungsziel und Gewaltenteilung	165
5. Zusammenfassende Stellungnahme	166
VI. Das mehrstufige Vorgehen	167
VII. Textkritik	168
VIII. Der Kanon der Auslegungskriterien	168
1. Der Kanon	168
2. Terminologie	169
3. A-Gesetze und B-Gesetze	169
IX. Kritik am Kanon?	170
1. Unterpunkte zu den Auslegungskriterien	170
a) Deutsche Methodenlehre	170
b) Ausländische Methodenlehren	171
2. Gesichtspunkte außerhalb des Kanons?	171
3. Zusammenfassung	172
X. Zusammenfassung zu § 6	172
XI. Verständnisfragen zu § 6	173
§ 7 Der Wortlaut	175
I. Der Wortlaut in der Auslegung	177
1. Das Ziel der Wortlautauslegung	177
2. Umgangssprachliche oder normative Wortbedeutung	178
3. Die Bedeutung in den einzelnen Konkretisierungsstufen	182
a) Die Bedeutung im konkreten Rechtssatz	182
b) Die Bedeutung im konkreten Gesetz	183
c) Die Bedeutung im Rechtsgebiet	183
4. Die Bedeutung in der Umgangssprache	183
5. Der Wortlaut im Verhältnis zu den anderen Auslegungskriterien	185
a) Vorläufiger und endgültiger Wortlaut	185
b) Der sog. eindeutige Wortlaut	186
6. Zwillingssformeln	188
II. Wortlaut und Rechtsfortbildung	188
1. Die Wortlautgrenze	189
2. Kritik an der Wortlautgrenze	190
a) Das Spiel mit der Begriffsvertauschung	190
b) Mehrdeutigkeit, Vagheit und Porosität	192
c) Homonyme	192
d) Mondhöfe und Kandidaten	193
e) Kontextabhängigkeit des Sprachspiels	194
III. Typische Formulierungen in der Gesetzessprache	194
1. Die »entsprechende Anwendung«	195
2. »bleibt unberührt« und »unbeschadet«	196
3. »und« oder »oder« bei Aufzählungen	196
4. »oder«	198
5. Regelbeispiele	199
6. »es sei denn«	201
7. »kann« und »soll«	201
8. »unmittelbar«	202
9. »im Wesentlichen« oder »überwiegend«	204
10. »grundsätzlich«	204
IV. Zusammenfassung zu § 7	205
V. Verständnisfragen zu § 7	205

§ 8 Die Auslegung der Merkmale des Rechtssatzes	207
I. Legaldefinitionen und Definitionen in Rechtsprechung und Literatur	209
II. Arten von Definitionen	209
1. Zweckfreie Definition oder finale Definition	210
2. Teleologische Definition	211
3. Umfassende Definition oder partielle Definition	213
4. Bedeutungsfeststellung und Bedeutungsfestlegung	213
5. Nominaldefinition und Realdefinition	214
6. Konjunktive und disjunktive Definition	216
III. Unzulässige Definitionen	217
1. Wörterbuchdefinition	217
2. Begriffsjuristische Definition	217
3. Ontologische Definition	218
4. Scheindefinition	219
5. Irreführende Definition	220
6. Selbstdefinition	220
IV. Die Relativität der Begriffsbildung	220
1. Die Relativität der Begriffsbildung im gleichen Gesetz und im gleichen Rechtsgebiet	221
2. Die Relativität der Begriffsbildung in unterschiedlichen Rechtsgebieten	222
3. Die Relativität der Begriffsbildung im Verhältnis zur Begriffsbildung anderer Wissenschaften	223
4. Intension und Extension	224
V. Grundbegriff, Sonderbegriff, Gegenbegriff, Oberbegriff, Unterbegriff und Statusbegriff	224
1. Grundbegriff und Sonderbegriff	224
2. Grundbegriff und Gegenbegriff	225
3. Oberbegriff und Unterbegriff	227
4. Statusbegriff	229
VI. Klassenbegriff, Typusbegriff, komparativer Begriff, unbestimmter Rechtsbegriff, operationaler Begriff, Ermessen und Beurteilungsspielraum	230
1. Klassenbegriff	230
2. Typusbegriff	231
3. Komparativer Begriff	233
4. Deskriptiver und normativer Begriff	233
5. Unbestimmter Rechtsbegriff	234
a) Allgemeines	234
b) Strafrecht	235
6. Regelbeispiele	236
7. Operationaler Begriff	236
a) Gesetz	236
b) Rechtsprechung	237
8. Ermessen und Beurteilungsspielraum	238
a) Ermessen	239
b) Beurteilungsspielraum	239
9. »Spezifisches Verfassungsrecht«	240
VII. Zusammenfassung zu § 8	240
VIII. Verständnisfragen zu § 8	241
§ 9 Die Systematik	243
I. Das Ziel der systematischen Auslegung	243
II. Der hermeneutische Zirkel	244
III. Das äußere System	245
IV. Das innere System	247
V. Die Einheit der Rechtsordnung	252
VI. Die rangkonforme Auslegung	255
1. Allgemeines	255
2. Auslegung der rangniedrigen Norm	256
3. Inhaltskontrolle (rangkonforme Auslegung im engeren Sinne)	257
4. Prüfungsreihenfolge bei der rangkonformen Auslegung am Beispiel des Verhältnisses von Unionsrecht und Verfassungsrecht zum deutschen Recht	258

VII. Der Grundsatz der Normanwendung der untersten Stufe	259
1. Die unmittelbare Wirkung von Normen höheren Ranges	260
2. EU-Recht und nationales Recht	260
a) Primärrecht der EU	260
b) Sekundärrecht der EU	261
c) Das Verhältnis von Primärrecht zu Sekundärrecht	261
3. Grundrechte und Privatrecht	262
4. Tarifverträge und Gesetz	262
5. Die mittelbare Wirkung von Normen höheren Ranges	262
VIII. Europarechtskonforme Auslegung des deutschen Rechts	263
1. Europarecht im Verhältnis zum Grundgesetz	263
2. Europarecht im Verhältnis zum einfachen Recht	264
a) Die zutreffende Rechtsgrundlage	264
b) Unmittelbare Anwendung von EU-Recht	265
c) Unionsrechtskonforme Auslegung und Rechtsfortbildung	268
aa) Primärrecht	268
bb) Sekundärrecht	269
d) Verstoß gegen EU-Recht	273
IX. Verfassungskonforme Auslegung	275
1. Verfassungskonforme Auslegung als Inhaltsbestimmung (»verfassungsorientierte Auslegung«)	276
2. Verfassungskonforme Auslegung als Inhaltskontrolle	277
3. Grenzen der verfassungskonformen Auslegung	278
4. Spezifisches Verfassungsrecht	279
X. Völkerrechtskonforme Auslegung	280
1. Allgemeine Regeln des Völkerrechts	280
2. Völkerrechtliche Verträge und deutsches Recht	280
XI. Sonstige Fälle rangkonformer Auslegung	281
1. Bundesrechtskonforme Auslegung von Landesrecht	281
2. Gesetzeskonforme Auslegung von Satzungen	281
XII. Zusammenfassung zu § 9	281
XIII. Verständnisfragen zu § 9	282
§ 10 Die Entstehungsgeschichte	283
I. Die Auslegung aus der Entstehungsgeschichte im Verhältnis zur subjektiven und zur objektiven Theorie	283
II. Wer ist der Gesetzgeber?	286
III. Die Feststellung des Gesetzgeberwillens	288
1. Die Vorgeschichte	288
2. Die Entstehungsgeschichte im engeren Sinne	289
3. Die Entwicklungsgeschichte	289
IV. Wille und Erklärung des Gesetzgebers	290
V. Die Verbindlichkeit des Gesetzgeberwillens	292
VI. Materialien	293
VII. Zusammenfassung zu § 10	293
VIII. Verständnisfragen zu § 10	294
§ 11 Die Zwecke des Gesetzes	295
I. Das Ziel der teleologischen Auslegung	295
II. Ausdrückliche Hinweise	296
III. Die Erschließung der Gesetzeszwecke	297
1. Die anderen Auslegungskriterien als Hilfsmittel zur Erschließung der Gesetzeszwecke	297
2. Der Sinnzusammenhang zwischen Tatbestand und Rechtsfolge	298
3. Generelle Tatsachen und generelle Folgen	299
a) Generelle Tatsachen	300
b) Generelle Folgen – Folgenorientierung	304
4. Mehrere Gesetzeszwecke	305
a) Parallelität der Normzwecke	305

b)	Gegenläufige Zwecke	305
c)	Fernziele und Nahziele	305
5.	Konkrete Normzwecke	306
a)	Sprachliche Argumente	306
b)	Argumente aus der Logik	306
c)	Argumente aus der Fallvergleichung	307
d)	Argumente durch Fallgruppenbildung	307
e)	Argumente aus der Rechtsvergleichung	308
f)	Sachgerechtigkeit und Einbeziehung anderer Wissenschaften	308
g)	Das Verhältnis von Rechts- zu Wirtschaftswissenschaften am Beispiel der ökonomischen Analyse des Rechts	309
h)	Argumente des Konsenses	311
i)	Argumente aus der Gerechtigkeit des Ergebnisses	311
j)	Symbolische Gesetzgebung	311
6.	Allgemeine Normzwecke	312
a)	Die Sachregelung	312
b)	Die Gleichheit	314
c)	Die Kompetenzverteilung	315
d)	Die Kohärenz bei der systematischen Auslegung	315
7.	Die Kollision der Normzwecke	316
a)	Allgemeines	316
b)	Umstände des Einzelfalles	317
8.	Die Gesetzesumgehung	320
9.	Die Gerechtigkeit der Entscheidung	323
10.	Konträrfolgen	323
IV.	Das Rangverhältnis der Auslegungskriterien	324
1.	Entbehrllichkeit der Prüfung einzelner Auslegungskriterien?	324
2.	Kongruenz der Auslegungskriterien	325
3.	Divergenz der Auslegungskriterien	325
a)	Rangverhältnis der Auslegungskriterien	325
aa)	Gleichrangigkeit	325
bb)	Wortlaut	326
cc)	Systematik	326
dd)	Entstehungsgeschichte	326
ee)	Zwecke des Gesetzes	326
b)	Gewichtung der Auslegungskriterien	327
V.	Zusammenfassung zu § 11	327
VI.	Verständnisfragen zu § 11	328
§ 12	Die Gesamtabwägung	329
I.	Rangfolge und Gewichtung der Auslegungskriterien	329
II.	Gesetzeszwecke	329
III.	Abwägung	329
1.	Systematik der Unterbegriffe	329
2.	Merkmale und Indizien	331
3.	Abwägungsgesichtspunkte	332
IV.	Verfassungsrecht	332
1.	Grundrechtskonkurrenzen	332
2.	Verfassungsrecht und einfaches Recht	332
§ 13	Die Konkretisierung unbestimmter Gesetzesfassungen	335
I.	Allgemeines	335
1.	Konkretisierung am Beispiel des § 626 BGB (außerordentliche Kündigung)	335
2.	Das Vorgehen bei der Konkretisierung	339
II.	Verfassungsmäßigkeit	340
III.	Strafrecht	340
IV.	Zusammenfassung zu § 13	341
V.	Verständnisfragen zu § 13	341

§ 14 Die Auslegung und Konkretisierung richterrechtlicher Rechtsinstitute und Rechtssätze	343
I. Institute und Rechtssätze des Richterrechts	343
II. Das Vorgehen bei der Konkretisierung von Richterrecht	345
III. Zusammenfassung zu § 14	348
IV. Verständnisfragen zu § 14	348
§ 15 Rechtsfortbildung	349
I. Auslegung oder Rechtsfortbildung?	349
1. Abgrenzung nach hM	349
2. Kritik	352
II. Die Zulässigkeit von Rechtsfortbildung	353
1. Allgemeines	354
a) Zulässigkeit von Rechtsfortbildung im Allgemeinen	354
b) Zulässigkeit im Einzelfall	356
2. Die Lückenfeststellung	358
a) Enge Lückentheorie	358
b) Lücke und rechtspolitischer Fehler	360
c) Normlücke und Regelungslücke	361
d) Bewusste Lücken	361
e) Unbewusste Lücken	363
3. Das Ob der Lückenschließung	365
a) Grenzen der Rechtsfortbildung aus dem Gewaltenteilungsprinzip	366
b) Grenzen der Rechtsfortbildung aus dem Rechtsstaatsprinzip	367
c) Grenzen der Rechtsfortbildung aus dem Demokratieprinzip	368
4. Das Wie der Lückenschließung	368
a) Die Lückenschließung nach der Wortsinntheorie	369
b) Die Lückenschließung nach der Gesetzesinntheorie	370
c) Die Erweiterung des Anwendungsbereichs	370
aa) Erweiternde Auslegung	370
bb) Analogie	371
d) Die Technik der Analogie	372
e) Die Einschränkung des Anwendungsbereichs	377
aa) Einschränkende Auslegung	378
bb) Teleologische Reduktion (= Restriktion)	378
f) Neuschaffung von Rechtssätzen	379
III. Zusammenfassung zu § 15	380
IV. Verständnisfragen zu § 15	380
§ 16 Konkurrenzen	381
I. Konkurrenzen im Mehrebenensystem	381
1. Einleitung	381
2. Allgemeine Regeln des Völkerrechts, völkerrechtliche Verträge und EMRK	385
a) Allgemeine Regeln des Völkerrechts	385
b) Völkerrechtliche Verträge	386
c) EMRK	386
d) Zusammenfassung zum Völkerrecht	386
3. Völkerrechtliche Verträge	386
a) Völkerrechtliche Verträge im Allgemeinen	387
b) Die EMRK	387
aa) Die EMRK im Verhältnis zum Grundgesetz	387
bb) Die EMRK im Verhältnis zum einfachen Recht	389
cc) Folgen für die Anwendung des deutschen Rechts	390
4. EU-Recht	391
a) EU-Recht im Verhältnis zur EMRK und zu anderen völkerrechtlichen Verträgen	391
b) EU-Recht im Verhältnis zum Grundgesetz	392
aa) Vorüberlegungen zum Verhältnis des EU-Rechts zum deutschen Recht	392
bb) Anwendungsvorrang und Grundgesetz	394
c) EU-Recht im Verhältnis zum einfachen Recht	396

aa) EU-Rechts-orientierte Auslegung und Rechtsfortbildung	396
bb) Anwendungsvorrang und unmittelbare Wirkung	398
d) Übersicht: Die Anwendung des Unionsrechts in Deutschland	403
e) Das Vorabentscheidungsverfahren	403
5. Verfassungsrecht	404
a) Verfassungsrecht als Objektsprache (Auslegung der Verfassung)	404
b) Verfassungsrecht im Verhältnis zu höherrangigem oder gleichrangigem Recht	405
c) Verfassungsrecht im Verhältnis zum einfachen Recht (Verfassungsrecht als Metasprache)	405
aa) Inhaltskontrolle bei Anwendung von reinem Verfassungsrecht	406
bb) Inhaltskontrolle bei Anwendung von reinem einfachen Recht	406
cc) Inhaltskontrolle bei Verschränkung von einfachem Recht und Verfassungsrecht	406
II. Konkurrenzen auf der Ebene des einfachen Rechts	412
1. Problematik	412
2. Systematik	415
3. Einheitlicher Sachverhalt	416
4. Formen der Gesetzeskonkurrenz	417
a) Subsidiarität	417
b) Spezialität	418
c) Konsumtion	419
d) Rechtsgebietskonkurrenz	420
e) Kollisionen	420
III. Zusammenfassung zu § 16	420
IV. Verständnisfragen zu § 16	420
 § 17 Die Anwendung des Rechtssatzes	421
I. Die Zurichtung des Obersatzes	421
II. Die Zurichtung des Untersatzes	422
III. Die Subsumtion	422
IV. Die Entscheidungsbegründung	423
V. Zusammenfassung zu § 17	423
VI. Verständnisfragen zu § 17	423
 § 18 Methodenprobleme der einzelnen Rechtsgebiete	425
I. Völkerrecht	426
1. Rechtsquellen	426
2. Die Grundsätze der Vertragsauslegung bei internationalen Übereinkünften	426
a) Zustandekommen und Inkrafttreten	427
b) Wortlaut	427
c) Systematik	428
d) Entstehungsgeschichte	428
e) Sinn und Zweck	428
f) Ergänzende Vertragsauslegung	428
g) Lex posterior	429
h) Zwingendes Recht	429
3. Die Grundsätze der Auslegung bei Völker gewohnheitsrecht und allgemeinen Rechtsgrundsätzen	429
a) Völker gewohnheitsrecht	429
b) Allgemeine Rechtsgrundsätze	429
4. Umsetzung von Völkerrecht in deutsches Recht	430
a) Monismus oder Dualismus	430
b) Bindung nur der Völkerrechtssubjekte	430
c) Transformation	431
d) Völkerrechtsfreundliche Auslegung	431
5. Zusammenfassung zu § 18 I	431
6. Verständnisfragen zu § 18 I	431
II. Europarecht	431

1. Völkerrecht oder staatliches Recht?	432
2. Der EuGH	432
3. Primärrecht und Sekundärrecht	433
a) Primärrecht	433
b) Sekundärrecht	438
4. Auslegungsziel	438
5. Auslegungskriterien	439
6. Wortlaut	439
7. Systematik	442
8. Entstehungsgeschichte	444
9. Sinn und Zweck	444
10. Vorjudikatur	446
11. Das Rangverhältnis der Auslegungskriterien	446
12. Konkretisierung	447
13. Besonderheiten	447
a) Subsidiarität	447
b) Dynamische Auslegung	447
c) Rechtsvergleichende Auslegung	447
d) Europarechtskonforme Auslegung	447
e) Rückwirkung und Vorwirkung von EuGH-Entscheidungen	448
f) Rechtsmissbrauch	449
g) Hinweise an das vorlegende Gericht	449
14. Rechtsfortbildung	449
15. Die Umsetzung von EU-Recht	450
16. Vorlagepflicht und Schadensersatz	451
17. Zusammenfassung zu § 18 II	453
18. Verständnisfragen zu § 18 II	453
III. Verfassungsrecht	454
1. Die zwei Funktionen des Verfassungsrechts	454
2. Die Auslegung des Verfassungsrechts (Verfassungsrecht als Objektsprache)	454
a) Spezifika des Verfassungsrechts	455
aa) Unbestimmtheit der Verfassungsnormen	455
bb) Besondere Grundsätze der Verfassungsinterpretation	456
b) Die Auslegung von Grundrechten nach den allgemeinen Auslegungskriterien	457
aa) Ziel der Auslegung	457
bb) Geltungsbereich (= Schutzbereich)	457
cc) Wortlaut	458
dd) Systematik	459
ee) Entstehungsgeschichte	460
ff) Sinn und Zweck	460
c) Aufbau der Grundrechtsprüfung nach der Normstruktur	463
aa) Die Normstruktur der Freiheitsrechte	463
bb) Die Normstruktur der Gleichheitsrechte	465
3. Rechtsfortbildung	466
4. Konkurrenzen	466
5. Verfassungsrecht im Verhältnis zum einfachen Recht (Verfassungsrecht als Metasprache)	467
a) Verfassungsorientierte und verfassungskonforme Auslegung	467
b) Folgen eines Verfassungsverstoßes	469
6. Zusammenfassung zu § 18 III	469
7. Verständnisfragen zu § 18 III	469
IV. Strafrecht	470
1. Wortlaut	470
a) Das Gesetzlichkeitsprinzip (»nullum crimen sine lege«)	470
aa) Die Theorie	470
bb) Kritik	471
b) Das Analogieverbot (»nulla poena sine lege stricta«)	471
c) Der Wortlaut als Abgrenzungskriterium	472

aa) Die herrschende Meinung	472
bb) Kritik	473
2. Systematik	476
3. Entstehungsgeschichte	476
4. Sinn und Zweck	477
5. Rückwirkende Rechtsprechung	477
6. Konkurrenzen	478
7. Zusammenfassung zu § 18 IV	478
8. Verständnisfragen zu § 18 IV	478
V. Steuerrecht	478
1. Wortlaut	478
2. Systematik	479
a) Vertikale Systematik	480
aa) Steuergerechtigkeit	480
bb) Richtlinienkonforme Auslegung	480
cc) Verfassungskonforme Auslegung	480
b) Horizontale Systematik	481
3. Entstehungsgeschichte	481
4. Sinn und Zweck	481
5. Allgemeine Grundsätze für die Auslegung von Steuergesetzen	481
6. Rückwirkung	482
7. Nichtanwendungserlasse	483
8. Rechtsfortbildung	483
9. Zusammenfassung zu § 18 V	484
10. Verständnisfragen zu § 18 V	484
VI. Zusammenfassung zu § 18 insgesamt	484
Sachverzeichnis	485

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Abkürzungsverzeichnis

aA	anderer Ansicht
ABL	Amtsblatt
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEG	Allgemeines Eisenbahngesetz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
aF	alte Fassung
AFG	Arbeitsförderungsgesetz
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AMG	Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz)
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
AktG	Aktiengesetz
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AP	Arbeitsrechtliche Praxis (Entscheidungssammlung)
APS	<i>Ascheid/Preis/Schmidt</i> (Hrsg.), Kündigungsrecht, Großkommentar
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ArbSchG	Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit (Arbeitsschutzgesetz)
ArbZG	Arbeitszeitgesetz
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
ATDG	Gesetz zur Errichtung einer standardisierten zentralen Antiterrordatei von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten von Bund und Ländern (Antiterrordateigesetz)
AÜG	Gesetz zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz)
AVR-DD	Arbeitsvertragsrichtlinien Diakonie Deutschland
Aufl.	Auflage
AuR	Arbeit und Recht (Zeitschrift)
BAG	Bundesarbeitsgericht
BauGB	Baugesetzbuch
BV	Verfassung des Freistaates Bayern
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
BBiG	Berufsbildungsgesetz
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeckRS	Beck-Rechtsprechung, Rechtsprechungssammlung in beck-online
BEEG	Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit (Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz)
Beil.	Beilage
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (Betriebsrentengesetz)
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Entscheidungen des BFH
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen

- BImSchG Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz)
- BlStSozArbR Blätter für Steuerrecht, Sozialversicherung und Arbeitsrecht (Zeitschrift)
- BMG Bundesmeldegesetz
- BNatSchG Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz)
- BRAO Bundesrechtsanwaltsordnung
- Brüssel I-VO Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates v. 22.12.2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
- BSG Bundessozialgericht
- BSGE Entscheidungen des Bundessozialgerichts
- BStBl. Bundessteuerblatt
- BT-Drs. Bundestags-Drucksache
- BTMG Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (Betäubungsmittelgesetz)
- BUrlG Bundesurlaubsgesetz
- BVerfG Bundesverfassungsgericht
- BVerfGE Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
- BVerfGG Gesetz über das Bundesverfassungsgericht (Bundesverfassungsgerichtsgesetz)
- BVerwG Bundesverwaltungsgericht
- BW Baden-Württemberg
- CGZP Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalservice-Agenturen
- DB Der Betrieb (Zeitschrift)
- Der Staat (Zeitschrift)
- DJT Deutscher Juristentag
- DJZ Deutsche Juristenzeitung (Zeitschrift)
- DÖV Die öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
- DRiZ Deutsche Richterzeitung
- DRK-Gesetz Gesetz über das Deutsche Rote Kreuz und andere freiwillige Hilfsgesellschaften im Sinne der Genfer Rotkreuz-Abkommen
- DS-GVO Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 27.4.2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung)
- DStR Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
- DVBl Deutsches Verwaltungsblatt
- EFZG Gesetz über die Zahlung des Arbeitsentgelts an Feiertagen und im Krankheitsfall (Entgeltfortzahlungsgesetz)
- EGBGB Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
- EGMR Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
- EGV Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
- Einf. Einführung
- Einl. Einleitung
- EMRK Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
- EntgTranspG Gesetz zur Förderung der Entgelttransparenz zwischen Frauen und Männern (Entgelttransparenzgesetz)
- ErbStG Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz
- ErfK Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht
- ESM Europäischer Stabilisierungsmechanismus
- EStG Einkommensteuergesetz
- EU Europäische Union
- EuGH Gerichtshof der Europäischen Union
- EuGRZ Europäische Grundrechte (Zeitschrift)
- EuR Europarecht (Zeitschrift)

EUV Vertrag über die Europäische Union idF des Vertrags von Lissabon
EuZA Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
EuZW Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWGV Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
EzA Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht
EZB Europäische Zentralbank

FAZ Frankfurter Allgemeine Zeitung
f, ff. folgende
Fn. Fußnote
Forschung &
Lehre (Zeitschrift)
FR FinanzRundschau (Zeitschrift)
FS Festschrift
FStrG Bundesfernstraßengesetz

GA Generalanwalt
GastG Gaststättengesetz
GenDG Gesetz über genetische Untersuchungen bei Menschen (Gendiagnostikgesetz)
GewA GewerbeArchiv (Zeitschrift)
GewO Gewerbeordnung
GG Grundgesetz
GmS-OGB Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes
GO Gemeindeordnung/Geschäftsordnung
GO-BT Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages
GRCh Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GS Großer Senat/Gedächtnisschrift
GVG Gerichtsverfassungsgesetz
GWB Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HGB Handelsgesetzbuch
HK Handkommentar
hL herrschende Lehre
hM herrschende Meinung
Hrsg. Herausgeber

IAO-Abkommen . . . Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation
idF in der Fassung
ieS im engeren Sinne
IGH Internationaler Gerichtshof
IGHS Status des Internationalen Gerichtshofs
ILO International Labor Organisation
iwS im weiteren Sinne

JA Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
JAG Gesetz über die juristischen Prüfungen und den juristischen Vorbereitungsdienst
(Juristenausbildungsgesetz)
JArbR Jahrbuch des Arbeitsrechts
jM juris die Monatsschrift (Zeitschrift)
JöR Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JR Juristische Rundschau (Zeitschrift)
JURA Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ Juristenzeitung (Zeitschrift)

Kap.	Kapitel
KG	Kammergericht
KR	Gemeinschaftskommentar zum Kündigungsschutzgesetz und zu sonstigen kündigungsschutzrechtlichen Vorschriften
krit.	kritisch
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
LAG	Landesarbeitsgericht
LHundG NRW . . .	Landesgesetz über gefährliche Hunde Nordrhein-Westfalen
LK	Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch
Ls.	Leitsatz
mAnm	mit Anmerkung
MeldeG	Meldegesetz
MERL	Massenentlassungsrichtlinie (Massenentlassungs-RL, Richtlinie 98/59/EG des Rates vom 20. Juli 1998 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über Massenentlassungen)
MHdB ArbR	Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht, 4. Aufl. 2018
MiLoG	Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz)
MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz)
MontanMitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie
MüKoBGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MuSchG	Gesetz zum Schutz von Müttern bei der Arbeit, in der Ausbildung und im Studium (Mutterschutzgesetz)
mwN	mit weiteren Nachweisen
Nachw.	Nachweise
NachwG	Gesetz über den Nachweis der für ein Arbeitsverhältnis geltenden wesentlichen Bedingungen (Nachweisgesetz)
NetzDG	Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz)
NJ	Neue Justiz (Zeitschrift)
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift)
NRG	Gesetz über das Nachbarrecht (Nachbarrechtsgesetz)
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	NStZ-Rechtsprechungs-Report Strafrecht (Zeitschrift)
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZA-RR	NZA-Rechtsprechungs-Report Arbeitsrecht (Zeitschrift)
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZM	Neue Zeitschrift für Mietrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
OBG	Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehörden gesetz)
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OMT	Outright Monetary Transactions (geldpolitische Outright-Geschäfte)
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PersV	Die Personalvertretung (Zeitschrift)
PersVG	Personalvertretungsgesetz

- PolG NRW Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen
- RabelsZ Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
- RdA Recht der Arbeit (Zeitschrift)
- Rechtstheorie Zeitschrift für Logik und Juristische Methodenlehre, Kommunikationsforschung, Normen- und Handlungstheorie, Soziologie und Philosophie des Rechts
- RefE Referentenentwurf
- RegE Regierungsentwurf
- RG Reichsgericht
- RGSt Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
- RGZ Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
- RIW Recht der internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
- RL Richtlinie
- Rn. Randnummer
- Rom I-VO Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 17.6.2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I)
- Rs. Rechtssache
- RW Rechtswissenschaft (Zeitschrift)
- s. siehe
- S. Seite
- SAE Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen (Zeitschrift)
- SGB Sozialgesetzbuch
- SGb Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
- SGG Sozialgerichtsgesetz
- Slg. Sammlung von Entscheidungen
- Soziales Recht Wissenschaftliche Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht (Beilage zu AuR)
- SprengG Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz)
- StGB Strafgesetzbuch
- StPO Strafprozessordnung
- stRspr ständige Rechtsprechung
- StrWG NRW Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen
- StW Steuer- und Wirtschaftsrecht (Zeitschrift)
- StVG Straßenverkehrsgesetz
- StVO Straßenverkehrs-Ordnung
- TierSchG Tierschutzgesetz
- TV-L Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder
- TVG Tarifvertragsgesetz
- TVöD Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
- TzBfG Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge (Teilzeit- und Befristungsgesetz)
- UGP-RL Richtlinie 2005/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates v. 11.5.2005 über unlautere Geschäftspraktiken von Unternehmen gegenüber Verbrauchern im Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken)
- unzutr. unzutreffend
- Urt. Urteil
- UStG Umsatzsteuergesetz
- UVPG Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
- UWG Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
- VersammlG Gesetz über Versammlungen und Aufzüge (Versammlungsgesetz)
- VG Verwaltungsgericht

Abkürzungsverzeichnis

- VGH Verwaltungsgerichtshof
vgl. vergleiche
VO Verordnung der EU
VVdStRL Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwGO Verwaltungsgerichtsordnung
- WaffG Waffengesetz
WissZeitVG Gesetz über befristete Arbeitsverträge in der Wissenschaft (Wissenschaftszeitvertragsgesetz)
WiStG Gesetz zur weiteren Vereinfachung des Wirtschaftsstrafrechts (Wirtschaftsstrafgesetz)
W.L.R. Weekly Law Report
WM Wertpapier-Mitteilungen
wN weitere Nachweise
WVK Wiener Konvention über das Recht der Verträge
- Yale L.J. Yale Law Journal (Zeitschrift)
- ZDG Zeitschrift für Didaktik der gesellschaftswissenschaften
ZESAR Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht
ZEuP Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfA Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZfPW Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZG Zeitschrift für Gesetzgebung
ZGB Zivilgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik
ZGR Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
ZIP Zeitschrift für Wirtschaftspolitik
ZRP Zeitschrift für Rechtspolitik
ZStW Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZTR Zeitschrift für Tarifrecht
ZUM Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
zust. zustimmend
zutr. zutreffend
ZZP Zeitschrift für Zivilprozeß

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

- Adomeit, K./Hähnchen, S., Rechtstheorie für Studenten, 6. Aufl. 2012 (zit.: Adomeit/Hähnchen Rechtstheorie)*
- Ascheid, R./Preis, U./Schmidt, I., Kündigungsrecht, Großkommentar, 5. Aufl. 2017 (zit.: APS/Bearbeiter)*
- Bäcker, C./Klatt, M./Zucca-Soest, S. (Hrsg.), Sprache – Recht – Gesellschaft, 2012 (zit.: Bearbeiter in Bäcker/Klatt/Zucca-Soest)*
- Baldus, C./Theisen, F./Vogel, F. (Hrsg.), »Gesetzgeber« und Rechtsanwendung, 2013 (zit.: Bearbeiter in Baldus/Theisen/Vogel)*
- Bauer, J.-H./Krieger, S./Günther, J., AGG EntgTranspG, Kommentar, 5. Aufl. 2018 (zit.: Bauer/Krieger/Günther/Bearbeiter)*
- Bieber, R./Epiney, A./Haag, M./Kotzur, M., Die Europäische Union, 12. Aufl. 2016 (Bearbeiter in Bieber/Epiney/Haag/Kotzur)*
- Birk, D./Desens, M./Tappe, H., Steuerrecht, 21. Aufl. 2018 (zit.: Birk/Desens/Tappe SteuerR)*
- Bleckmann, A., Staatsrecht II – Die Grundrechte, 1989 (zit.: Bleckmann StaatsR II)*
- Boecken, W./Düwell, F. J./Diller, M./Hanau, H., Gesamtes Arbeitsrecht, Nomos-Kommentar, 2016 (zit.: NK-GA/Bearbeiter)*
- Buerstedde, W., Juristische Methodik des Europäischen Gemeinschaftsrechts, 2006 (zit.: Buerstedde Methodik)*
- Bydlinski, F., Juristische Methodenlehre und Rechtsbegriff, 2. Aufl. 1991 (zit.: Bydlinski Methodenlehre)*
- Callies, C./Ruffert, M., EUV/AEUV, 5. Aufl. 2016 (zit.: Callies/Ruffert/Bearbeiter)*
- Canaris, C.-W., Die Feststellung von Lücken im Gesetz, 2. Aufl. 1983 (zit.: Canaris Gesetzeslücken)*
- Depenheuer, O., Der Wortlaut als Grenze, 1988 (zit.: Depenheuer Wortlaut als Grenze)*
- Dietrich, H./Patzina, A./Wank, R., Scheinselbständigkeit in Deutschland – Rechtliche Grundlagen und empirische Befunde, 2017 (zit.: Bearbeiter in Dietrich/Patzina/Wank Scheinselbständigkeit)*
- Ehlers, D., Europäische Grundrechte und Grundfreiheiten, 4. Aufl. 2014 (zit.: Bearbeiter in Ehlers Europ. GrundR)*
- Engisch, K., Einführung in das juristische Denken, 11. Aufl. 2010 (zit.: Engisch Einführung)*
- Ennecker, L./Nipperdey, H. C., Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, 15. Aufl. 1959/1960 (zit.: Ennecker/Nipperdey BGB AT)*
- Esser, J., Vorverständnis und Methodenwahl in der Rechtsfindung, 2. Aufl. 1972 (zit.: Esser Methodenwahl)*
- Esser, J., Grundsatz und Norm in der richterlichen Fortbildung des Privatrechts, 4. Aufl. 1990 (zit.: Esser Grundsatz und Norm)*
- Fikentscher, W., Methoden des Rechts in vergleichender Darstellung, Bd. I 1975, Bd. III 1976, Bd. IV 1977 (zit.: Fikentscher Methoden des Rechts Bd.)*
- Fischer, Ch., Topoi verdeckter Rechtsfortbildungen im Zivilrecht, 2007 (zit.: Fischer Topoi)*
- Fischer, T., Strafgesetzbuch und Nebengesetze, 65. Aufl. 2018 (zit.: Fischer)*
- Fleischer, H. (Hrsg.), Mysterium »Gesetzesmaterialien«, 2013 (zit.: Bearbeiter in Fleischer Mysterium »Gesetzesmaterialien«)*
- Franzen, M., Privatrechtsangleichung durch die Europäische Gemeinschaft, 1999 (zit.: Franzen Privatrechtsangleichung)*
- Franzen, M./Gallner, I./Oetker, H., Kommentar zum europäischen Arbeitsrecht, 2. Aufl. 2018 (zit.: Franzen/Gallner/Oetker/Bearbeiter)*
- Frieling, T., Gesetzesmaterialien und Wille des Gesetzgebers, Fallgruppen verbindlicher Willensäußerungen, 2017 (zit.: Frieling Gesetzesmaterialien und Wille des Gesetzgebers)*

- Funke, A.*, Allgemeine Rechtslehre als juristische Strukturtheorie, 2004 (zit.: *Funke Allgemeine Rechtslehre*)
- Gabriel, G./Gröschner, R.* (Hrsg.), Subsumtion, Schlüsselbegriff der Juristischen Methodenlehre, 2012 (zit.: *Bearbeiter* in *Gabriel/Gröschner Juristische Methodenlehre*)
- Geiger, R./Khan, D.-E./Kotzur, M.*, EUV/AEUV, 6. Aufl. 2017 (zit.: *Geiger/Khan/Kotzur/Bearbeiter*)
- Grabitz, E./Hilf, M./Nettesheim, M.*, Das Recht der Europäischen Union: EUV/AEUV, 66. EL 2019 (zit.: *Grabitz/Hilf/Nettesheim/Bearbeiter*)
- Graf Vitzthum, W./Proelß, A.* (Hrsg.), Völkerrecht, 7. Aufl. 2016 (zit.: *Graf Vitzthum/Proelß VölkerR*)
- Hager, G.*, Rechtsmethoden in Europa, 2009 (zit.: *Hager Rechtsmethoden*)
- Haltern, U.*, Europarecht Bd. II, 3. Aufl. 2017 (zit.: *Haltern EuropaR II*)
- Hanau, P./Steinmeyer, H.-D./Wank, R.*, Handbuch des europäischen Arbeits- und Sozialrechts, 2002 (zit.: *Bearbeiter* in *Hanau/Steinmeyer/Wank EAS-HdB*)
- Haratsch, A./Koenig, C./Pechstein, M.*, Europarecht, 11. Aufl. 2018 (zit.: *Haratsch/Koenig/Pechstein EuropaR*)
- Hegenbarth, R.*, Juristische Hermeneutik und linguistische Pragmatik, 1982 (zit.: *Hegenbarth Juristische Hermeneutik*)
- Herdegen, M.*, Europarecht, 17. Aufl. 2015 (zit.: *Herdegen EuropaR*)
- Herdegen, M.*, Völkerrecht, 16. Aufl. 2017 (zit.: *Herdegen VölkerR*)
- Hesse, K.*, Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 20. Aufl. 1995 (zit.: *Hesse VerfR*)
- Hobe, S.*, Einführung in das Völkerrecht, 10. Aufl. 2014 (zit.: *Hobe VölkerR*)
- Höpfner, C.*, Die systemkonforme Auslegung, 2008 (zit.: *Höpfner Systemkonforme Auslegung*)
- Hoppe, W./Krawietz, W./Schulte, M.*, Rechtsprechungslehre, Zweites Internationales Symposium, 1992 (zit.: *Bearbeiter* in *Hoppe/Krawietz/Schulte Rechtsprechungslehre*)
- Ipsen, J.*, Richterrecht und Verfassung, 1975 (zit.: *Ipsen RichterR*)
- Ipsen, J.*, Staatsrecht II, Grundrechte, 20. Aufl. 2017 (zit.: *Ipsen StaatsR II*)
- Ipsen, K.* (Hrsg.), Völkerrecht, 6. Aufl. 2014 (zit.: *Bearbeiter* in *Ipsen VölkerR*)
- Isensee, J./Kirchhof, P.*, Handbuch des Staatsrechts, Bd. I 2003, Bd. II 2004, Bd. III 2005, Bd. IV 2006, Bd. V 2007, Bd. VI 2008, Bd. VII 2009, Bd. VIII 2010, Bd. IX 2011 (zit.: *HdBSt/Bearbeiter*)
- Jarass, H. D./Pieroth, B.*, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 15. Aufl. 2018 (zit.: *Jarass/Pieroth*)
- Kempen, B./Hillgruber, C.*, Völkerrecht, 2. Aufl. 2012 (zit.: *Kempen/Hillgruber VölkerR*)
- Kingreen, T./Poscher, R.*, Grundrechte, Staatsrecht II, 33. Aufl. 2017 (zit.: *Kingreen/Poscher GrundR*)
- Klatt, M.*, Theorie der Wortlautgrenze, 2004 (zit.: *Klatt Theorie der Wortlautgrenze*)
- Klein, F.* (Begr.), Abgabenordnung, 14. Aufl. 2018 (zit.: *Klein/Bearbeiter AO*)
- Koch, H.-J./Rüßmann, H.*, Juristische Begründungslehre, 1982 (zit.: *Koch/Rüßmann Begründungslehre*)
- Kramer, E. A.*, Juristische Methodenlehre, 5. Aufl. 2016 (zit.: *Kramer Methodenlehre*)
- Kriele, M.*, Theorie der Rechtsgewinnung, 2. Aufl. 1976 (zit.: *Kriele Rechtsgewinnung*)
- Kruse, H. W.*, Das Richterrecht als Rechtsquelle des innerstaatlichen Rechts, 1971 (zit.: *Kruse RichterR*)
- Kruse, H. W.*, Lehrbuch des Steuerrechts, Bd. I Allgemeiner Teil, 1991 (zit.: *Kruse SteuerR*)
- Lackner, K./Kühl, C.*, Strafgesetzbuch, 29. Aufl. 2018 (zit.: *Lackner/Kühl/Bearbeiter*)
- Langenbucher, K.*, Europäisches Privat- und Wirtschaftsrecht, 4. Aufl. 2017 (zit.: *Bearbeiter* in *Langenbucher Europ. PrivatR*)
- Larenz, K.*, Methodenlehre der Rechtswissenschaft, 6. Aufl. 1991 (zit.: *Larenz Methodenlehre*)
- Looschelders, D./Roth, W.*, Juristische Methodik im Prozeß der Rechtsanwendung, 1996 (zit.: *Looschelders/Roth Juristische Methodik*)
- MacCormick, D. N./Summers, R. S.*, Interpreting Statutes, 1991 (zit.: *MacCormick/Summers Interpreting Statutes*)

- MacCormick, D. N./Summers, R. S., Interpreting Precedents, A Comparative Study, 1997 (zit.: MacCormick Interpreting Precedents)*
- Maunz, T./Dürig, G., Grundgesetz Kommentar, (Hrsg. Herzog, R./Scholz, R./Herdegen, M./Klein, H. H.), 84. Lfg. August 2018 (zit.: Maunz/Dürig/Bearbeiter)*
- Maunz, T./Schmidt-Bleibtreu, B./Klein, F./Bethge, H., Bundesverfassungsgerichtsgesetz, 52. Aufl. 2017 (zit.: MSKB/Bearbeiter)*
- Maurach, R./Zipf, H., Strafrecht Allgemeiner Teil, Bd. I, 7. Aufl. 1992 (zit.: Maurach/Zipf StrafR AT)*
- Maurer, H./Waldböff, C., Allgemeines Verwaltungsrecht, 19. Aufl. 2017 (zit.: Maurer/Waldböff Allg-VerwR)*
- Maurer, H., Staatsrecht I, 6. Aufl. 2010 (zit.: Maurer StaatsR I)*
- Medicus, D./Lorenz, S., Schuldrecht I, Allgemeiner Teil, 21. Aufl. 2015 (zit.: Medicus/Lorenz SchuldR I)*
- Medicus, D./Petersen, J., Allgemeiner Teil des BGB, 11. Aufl. 2016 (zit.: Medicus/Petersen BGB AT)*
- Michael, L./Morlok, M., Grundrechte, 6. Aufl. 2017 (zit.: Michael/Morlok GrundR)*
- Möllers, T. M., Juristische Methodenlehre, 2017 (zit.: Möllers Methodenlehre)*
- Müller, F./Christensen, R., Juristische Methodik, Bd. I, Grundlegung für die Arbeitsmethoden der Rechtspraxis, 11. Aufl. 2013 (zit.: Müller/Christensen Methodik I)*
- Müller-Glöge, R./Preis, U./Schmidt/I., Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht, 19. Aufl. 2019 (zit.: ErfK/Bearbeiter)*
- Müller-Erzbach, R., Wohin führt die Interessenjurisprudenz?, 1932*
- Neuner, J., Privatrecht und Sozialstaat, 1999 (zit.: Neuner PrivatR und Sozialstaat)*
- Neuner, J., Grundrechte und Privatrecht aus rechtsvergleichender Sicht, 1. Aufl. 2007 (zit.: Bearbeiter in Neuner GrundR und PrivatR)*
- Neuner, J., Die Rechtsfindung contra legem, 2. Aufl. 2005 (zit.: Neuner Rechtsfindung)*
- Olzen, D./Maties, M., Zivilrechtliche Klausurenlehre, 8. Aufl. 2015 (zit.: Olzen/Maties ZivilR)*
- Oppermann, T./Classen, C. D./Nettesheim, M., Europarecht, 8. Aufl. 2018 (zit.: Oppermann/Classen/Nettesheim EuropaR)*
- Palandt, O., Bürgerliches Gesetzbuch: BGB, 78. Aufl. 2019 (zit.: Palandt/Bearbeiter)*
- Pawlowski, H.-M., Methodenlehre für Juristen, 3. Aufl. 1999 (zit.: Pawlowski Methodenlehre)*
- Payandeh, M., Judikative Rechtserzeugung – Theorie, Dogmatik und Methodik der Wirkungen von Präjudizien, 2017 (zit.: Payandeh Judikative Rechtserzeugung)*
- Preis, U./Sagan, A. (Hrsg.), Europäisches Arbeitsrecht, 2. Aufl. 2019 (zit.: Bearbeiter in Preis/Sagan Europ. ArbR-HdB)*
- Proelß, A., Bundesverfassungsgericht und überstaatliche Gerichtsbarkeit, 2014 (zit.: Proelß BVerfG und überstaatliche Gerichtsbarkeit)*
- Puppe, I., Kleine Schule des juristischen Denkens, 3. Aufl. 2014 (zit.: Puppe Kleine Schule)*
- Reimer, F., Juristische Methodenlehre, 2016 (zit.: Reimer Methodenlehre)*
- Richardi, R./Wlotzke, O./Wißmann, H./Oetker, H. (Hrsg.), Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht, Bd. 1 und 2, 4. Aufl. 2018 (zit.: MHdB ArbR/Bearbeiter)*
- Riesenhuber, K. (Hrsg.), Europäische Methodenlehre, 3. Aufl. 2015 (zit.: Bearbeiter in Riesenhuber Europ. Methodenlehre)*
- Röhl, K. F./Röhl, H. C., Allgemeine Rechtslehre, 4. Aufl. 2014 (zit.: Röhl/Röhl Rechtslehre)*
- Röhl, K. F., Rechtssoziologie, 1987 (zit.: Röhl Rechtssoziologie)*
- Roxin, C., Strafrecht Allgemeiner Teil, Bd. I, 4. Aufl. 2006 (zit.: Roxin StrafR AT I)*
- Roxin, C., Strafrecht Allgemeiner Teil, Bd. II, 2003 (zit.: Roxin StrafR AT II)*
- Rüthers, B./Fischer, C./Birk, A., Rechtstheorie mit Juristischer Methodenlehre, 10. Aufl. 2018 (zit.: Rüthers/Fischer/Birk Rechtstheorie)*
- Sachs, M. (Hrsg.), Grundgesetz, Kommentar, 8. Aufl. 2018 (zit.: Sachs/Bearbeiter)*
- Schäfer, H.-B./Ott, C., Lehrbuch der ökonomischen Analyse des Zivilrechts, 5. Aufl. 2012 (zit.: Schäfer/Ott Ökonomische Analyse)*
- Schenke, R. P., Die Rechtsfindung im Steuerrecht, 2007 (zit.: Schenke Rechtsfindung SteuerR)*

- Schmidt-Aßmann, E./Hoffmann-Riem, W., Methoden der Verwaltungsrechtswissenschaft, 2004 (zit.: Schmidt-Aßmann/Hoffmann-Riem/Bearbeiter)*
- Schnapp, F. E., Logik für Juristen, 7. Aufl. 2016 (zit.: Schnapp Logik)*
- Schneider, H., Gesetzgebung, 3. Aufl. 2002 (zit.: Schneider Gesetzgebung)*
- Schönke, A./Schröder, H., Strafgesetzbuch, 30. Aufl. 2018 (zit.: Schönke/Schröder/Bearbeiter)*
- Schweisfurth, T., Völkerrecht, 2006 (zit.: Schweisfurth VölkerR)*
- Stein, T./von Buttlar, C./Kotzur, M., Völkerrecht, 14. Aufl. 2017 (zit.: Stein/v. Buttlar/Kotzur VölkerR)*
- Steinbach, A., Rationale Gesetzgebung, 2017 (zit.: Steinbach Rationale Gesetzgebung)*
- Stern, K., Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. I, 2. Aufl. 1984; Bd. III, 1. Halbhd., 1988; Bd. III, 2. Halbhd., 1994 (zit.: Stern StaatsR Bd.)*
- Streinz, R., Europarecht, 10. Aufl. 2016 (zit.: Streinz EuropaR)*
- Streinz, R., EUV/AEUV, 3. Aufl. 2018 (zit.: Streinz/Bearbeiter)*
- Tettinger, P. J./Wank, R./Ennuschat, J., GewO, Kommentar, 8. Aufl. 2011 (zit.: Tettinger/Wank/Ennuschat/Bearbeiter)*
- Tipke, K. (Hrsg.), Die Steuerrechtsordnung, Köln 1993, 2. Aufl. 2012 (zit.: Tipke Steuerrechtsordnung)*
- Tipke, K./Kruse, W., Abgabenordnung, Loseblatt, 154. Ergänzungslieferung 2018 (zit.: Tipke/Kruse/Bearbeiter)*
- Tipke, K./Lang, J., Steuerrecht, 23. Aufl. 2018 (zit.: Tipke/Lang/Bearbeiter)*
- Vogenauer, S., Die Auslegung von Gesetzen in England und auf dem Kontinent, 2001 (zit.: Vogenauer Auslegung von Gesetzen)*
- v. Arnould, A., Völkerrecht, 3. Aufl. 2016 (zit.: v. Arnould VölkerR)*
- von der Groeben, H./Schwarze, J./Hatje, A., Europäisches Unionsrecht, 7. Aufl. 2015 (zit.: von der Groeben/Schwarze/Hatje/Bearbeiter)*
- Walter, K., Rechtsfortbildung durch den EuGH, 2009 (zit.: Walter Rechtsfortbildung)*
- Wank, R., Grenzen richterlicher Rechtsfortbildung, 1978 (zit.: Wank Rechtsfortbildung)*
- Wank, R., Das Recht auf Arbeit im Verfassungsrecht und im Arbeitsrecht, 1980 (zit.: Wank Recht auf Arbeit)*
- Wank, R., Die juristische Begriffsbildung, 1985 (zit.: Wank Begriffsbildung)*
- Wank, R., Arbeitnehmer und Selbständige, 1988 (zit.: Wank Arbeitnehmer)*
- Wank, R., Auslegung und Rechtsfortbildung im Arbeitsrecht, unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, 2013 (zit.: Wank Auslegung und Rechtsfortbildung)*
- Wank, R., Die Auslegung von Gesetzen, 6. Aufl. 2015 (zit.: Wank Auslegung)*
- Wiedemann, H. (Hrsg.), Tarifvertragsgesetz, 8. Aufl. 2019 (zit.: Wiedemann/Bearbeiter)*
- Zippelius, R., Juristische Methodenlehre, 11. Aufl. 2012 (zit.: Zippelius Methodenlehre)*